

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	19
A. Problemstellung	19
B. Prolegomena zum thematischen Feld der Untersuchung	20
C. Grundgedanke der Untersuchung	21
D. Begriffliche Vorfragen	23

1. Teil

Rechtsphilosophische Grundlagen 27

A. Die Relevanz einer philosophischen Grundlegung des Antipaternalismus	27
I. Die Inadäquatheit der konsequentialistischen Begründung der Paternalismuskritik	28
II. Weicher Paternalismus als die liberale Lösung	32
1. Feinbergs Modell	33
2. Selbstverfügung als intrapersonaler Rechtspflichtverstoß?	35
3. Weicher Paternalismus im Lichte beschränkter Rationalität (Bounded Rationality)	38
B. Leitlinien zur Zulässigkeit eines begrenzten staatlichen (nicht-strafrechtlichen) Paternalismus	40

2. Teil

Verfassungsrechtliche Grundlagen 47

A. Die Paternalismuskritik als Produkt des politischen Liberalismus	47
B. Die grundrechtsdogmatische Verortung der Selbstverfügungsfreiheit	50
I. Die Relevanz der einzelnen Grundrechte für den grundrechtlichen Schutz selbstverfügender Entscheidungen	50

II. Der Schutz des selbstverfügenden Verhaltens durch das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit nach Art. 2 Abs. 1 GG	53
III. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als Grundrecht zur Abwehr von Paternalismus	55
C. Schranken der Verfügungsfreiheit	57
I. Der Schutz des mündigen Menschen vor sich selbst als legitimer Gesetzeszweck	58
1. Verfassungsrechtlich vorgegebene Zwecke	58
a) Die Lehre von den grundrechtlichen Schutzpflichten	59
b) Schranken aus dem Schutz der Menschenwürde	61
c) Das Sozialstaatsprinzip	66
d) Zwischenergebnis	67
2. Grenzen der Zwecksetzungskompetenz des Gesetzgebers	67
II. Schranken der Verfügungsfreiheit bei defizitären Entscheidungen	73
1. Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Geisteskranken- und Jugendschutzes vor selbstgefährdenden Handlungen	73
2. Vorgaben für die normative Relevanz defizitärer Entscheidungen grundsätzlich kompetenter Personen unter dem Grundgesetz	78
3. Verfassungsrechtliche Grenzen weich paternalistischer Eingriffe	82
III. Schranken der verfassungsmäßigen Ordnung und der Rechte anderer	84
1. Beeinträchtigung von Rechten Dritter	85
2. Bestand der Gesellschaft	89
3. Der Schutz der Allgemeinheit vor Folgekosten von selbstschädigenden Verhaltensweisen	93
IV. Die Schranke des Sittengesetzes	98
V. Der Schutz des Menschen vor sich selbst in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	100
1. Entscheidungen über den allgemeinen Rechtspaternalismus	100
2. Entscheidungen über den strafrechtlichen Paternalismus	106
VI. Zwischenergebnis	114

3. Teil

Direkter strafrechtlicher Paternalismus	115
A. Strafrechtsspezifische Einwände gegen den direkten Paternalismus	117
I. Strafrechtsfundamentaler Einwand	118
II. Strafrechtsutilitaristischer Einwand	123
III. Präventionsstrafrechtlicher Einwand	125
IV. Strafrechtsethischer Einwand	128
B. Besonderer Teil	130
I. Die Strafbarkeit des Erwerbs und Besitzes von Betäubungsmitteln zum Eigenkonsum gem. § 29 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3 BtMG	132
1. Schutz inkompetenter Betäubungsmittelkonsumenten (weicher Paternalismus)	134
a) Betäubungsmittelabhängigkeit als Grund der Zurechnung	135
b) Jugendschutz	138
c) Konsequenzen für das abstrakte Gefährdungsdelikt des Verbots des Erwerbs und Besitzes von Betäubungsmitteln: weicher Paternalismus als Erweiterungsprinzip der Kriminalisierung?	138
2. Schutz der Rechte und Interessen Dritter und der Gesellschaft	145
a) Schutz der Volksgesundheit als kollektives Rechtsgut	145
b) Schutz konkreter Interessen Dritter	149
3. Staatliche Drogenverkehrshoheit als Zwischenrechtsgut	154
4. Zwischenergebnis	156
II. Strafbarer Organhandel gem. § 18 Abs. 1 TPG	157
1. Schutz der Menschenwürde des Spenders (harter Paternalismus)	160
2. Gesundheitsschutz des Spenders vor sich selbst (harter Paternalismus)	165
3. Schutz vor Ausbeutung von existentiellen Notlagen (weicher Paternalismus)	167
a) Schutz von potentiellen Organempfängern vor Ausnutzung einer gesundheitlichen Notlage	168
b) Schutz von potentiellen Organspendern vor Ausnutzung einer wirtschaftlichen Notlage	170
4. Schutz vor Selbstkorrumpierung (weicher Paternalismus)	177
5. Schutz des Pietätsgefühls der Allgemeinheit	180

6. Bekämpfung des Organhandels in Schwellen- und Entwicklungsländern	182
7. Schutz der Integrität der Transplantationsmedizin	184
8. Zwischenergebnis	187
III. Paternalistische Verbote im Recht der Ordnungswidrigkeiten	188
IV. Zwischenergebnis	192

4. Teil

Typologien des indirekten Paternalismus im Strafrecht	194
A. Die freiverantwortliche, die Rechte anderer nicht beeinträchtigende, selbstverfügende Opferentscheidung als normativer Ausgangspunkt für die Beurteilung des Verhaltens des Außenstehenden	195
I. Die Fälle der Mitwirkung an einer eigenverantwortlichen Selbstschädigung	195
1. Kritik zum Teilnahmeargument der h.M.	195
2. Das Prinzip der Selbstverantwortung	198
a) Dogmatische Einordnung innerhalb der Lehre der objektiven Zurechnung: das Veranlassen bzw. Ermöglichen eigenverantwortlicher Selbstschädigungen als ein rechtlich erlaubtes Risiko	200
aa) Die Ausgliederung des rechtlich unerlaubten Risikos in die Prüfung des tatbestandsmäßigen Verhaltens	200
bb) Fehlen einer rechtlich missbilligten Gefahrschaffung kraft Eigenverantwortlichkeit des Opfers	203
II. Die Fälle der einverständlichen Fremdschädigung	206
1. Die Position der Rechtsprechung	206
2. Normative Kriterien zur Abgrenzung zwischen strafloser Mitwirkung an eigenverantwortlicher Selbstschädigung und Fremdtötungstäterschaft in der Literatur	210
a) Das Kriterium der Tatherrschaft	210
b) Abgrenzung nach dem Prinzip der Eigenverantwortlichkeit	219
c) Das Kriterium des tatbestandsmäßigen Verhaltens nach Murmann	225
III. Die Fälle der eigenverantwortlichen Selbst- und der einverständlichen Fremdgefährdung	228
I. Die Abgrenzung zwischen Schädigungs- und Gefährdungssituation	228

2. Die dogmatische Differenzierung zwischen der Beteiligung an einer Selbstgefährdung und der einverständlichen Fremdgefährdung anhand des Kriteriums der Tatherrschaft	229
3. Dogmatische Behandlung der Beteiligung an einer eigenverantwortlichen Selbstgefährdung	235
a) Der Erst-Recht-Schluss	235
b) Die Lehre vom Schutzzweck der Norm	237
c) Dogmatische Grenzen des viktimodogmatischen Ansatzes	239
d) Eigenverantwortlichkeit des Opfers als maßgebliches Zurechnungskriterium und ihre Einschränkung im Bereich des Betäubungsmittelstrafrechts ..	242
4. Die Behandlung der Fälle der einverständlichen Fremdgefährdung	245
a) Die Sorgfaltswidrigkeitslösung	246
b) Die Rechtsfigur der Risikoeinwilligung	247
aa) Einwilligung in die Gefährdung	248
bb) Disponibilität des Rechtsguts	251
c) Die tatbestandliche Zurechnungslösung	256
d) Plädoyer zugunsten einer Streichung der dogmatischen Kategorie der einverständlichen Fremdgefährdung	259
IV. Dogmatische Einordnung der Einwilligung: ein Problem „sinnvoller Begriffsbildung“	260
1. Tatbestand und Rechtswidrigkeit als Grundkategorien des Deliktstypus	262
2. Die Einwilligung als Sonderfall des Ausschlusses der objektiven Zurechnung ..	267
3. Grenzen der Selbstverfügungsfreiheit wegen defizitärer Entscheidungen	271
I. Normativ relevante Defizite bei der Einwilligung	272
1. Täuschungen	273
2. Irrtümer	279
3. Drohung und Zwang	280
II. Zum Begriff der Verantwortlichkeit in Fällen der Selbstschädigung bzw. -gefährdung	284
III. Zur normativen Gleichwertigkeit von Selbstverletzung und einverständlicher Fremdverletzung – eine einheitliche Beurteilung der Verantwortlichkeit für defizitäre Entscheidungen?	291

IV. §§ 216, 228 StGB als abstrakter Schutz vor der Gefahr von Entscheidungsdefiziten	294
1. Die abstrakte Gefahr fehlender Freiverantwortlichkeit des Tötungsverlangens	295
2. Der Verstoß gegen die guten Sitten als (mögliche) Verfehlung der Autonomie des Einwilligenden	300
V. Zwischenergebnis	304
C. Grenzen der Selbstverfügungsfreiheit aus Rechten anderer	305
I. Schutz vor Missbrauchsgefahren	305
II. Schutz des Lebens anderer durch Aufrechterhaltung des Tötungstabus	308
III. Schutz vor einem Dammbbruch	311
IV. Schutz des sozialen Friedens	314
<i>5. Teil</i>	
Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	316
Literaturverzeichnis	324
Sachwortverzeichnis	363